

---

# **Regionale Governance-Prozesse in der Centrope Region auf dem Prüfstand**

Johannes Jäger<sup>a</sup>

<sup>a</sup>FH des bfi Wien, Wohlmutterstraße 22, A-1020 Wien, AUSTRIA

---

## **ABSTRACT**

**Motivation:** Der Erfolg von Wirtschaftsstandorten hängt nicht ausschließlich von Unternehmen, sondern auch von deren Interaktion mit anderen Unternehmen und wirtschaftlichen Institutionen ab. Vor diesem Hintergrund versucht der vorliegende Beitrag anhand des Beispiels der Centrope Region wichtige Bestimmungsgründe für regional erfolgreiche Entwicklung auszuloten.

**Ergebnisse:** Eine entsprechende Modifikation eines institutionstheoretischen Zugangs ermöglicht es, Governance Prozesse bezogen auf ihre ökonomischen Inhalte zu diskutieren. Vor diesem Hintergrund können Schlussfolgerungen für die entsprechende Umgestaltung von Governance-Prozessen gezogen werden.

**Schlussfolgerung:** Eine ökonomisch-institutionell basierte Analyse von regionalen Governance-Prozessen kann Information für StakeholderInnen bieten, um regionale Entwicklungschancen zu verbessern.

**Kontakt:** johannes.jaeger@fh-vie.ac.at

## **1 EINLEITUNG**

Während der Eiserner Vorhang bis 1991 auch die ökonomische Interaktion zwischen Österreich und den angrenzenden zentral- und osteuropäischen Ländern massiv beschränkt hatte, haben mittlerweile grenzüberschreitende Aktivitäten deutlich zugenommen. Damit stellt sich die Frage, wie sich Wirtschaftsstandorte in einem derart veränderten Umfeld neu positionieren können. Während in der regionalökonomischen Diskussion in den 1990er Jahren noch die Rolle von Städten in der globalen Ökonomie im Vordergrund stand, wird nunmehr die hohe Bedeutung von Städten in/mit ihrem Umfeld betont. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Union mit dem Interreg IIIA Programm begonnen, die grenzüberschreitende Kooperation und Regionsbildung zu fördern. Diese Etablierung von grenzüberschreitenden Regionen stellt einen wichtigen Angelpunkt in der regionalpolitischen Strategie der Europäischen Union dar. In diesem Kontext wurde „Centrope – die Europaregion Mitte“ 2003 formal gegründet. Diese umfasst Wien, Niederösterreich und das Burgenland sowie die angrenzenden Bezirke in Tschechien, der Slowakei und in Westungarn. Obwohl es zahlreiche grenzüberschreitende Aktivitäten gibt, kann aus regionalökonomischer Sicht bei diesem Gebiet jedoch nicht von einer klaren Region gesprochen werden. Es gibt zwar wichtige Vernetzungen, der Bezug der Teilregionen zu den jeweiligen nationalen Räumen ist jedoch ungleich stärker ausgeprägt als die Interaktion innerhalb der grenzüberschreitenden Region Centrope. Dennoch wird das Potenzial dieser Region, die durch große ökonomische Unterschiede – und damit auch komplementäre Faktoren – ausgezeichnet ist, als hoch

eingeschätzt. Das Potenzial wird bislang nur zum Teil genutzt und könnte eine wichtige Basis für weitere Entwicklungsmöglichkeiten darstellen (siehe [1]).

Angesichts der aktuellen Wirtschaftskrise wird erstens die Fragmentierung des Centrepe-Raums deutlich. Diese drückt sich z.B. in der jüngsten starken Abwertung des Forint aus. Auch wenn die Slowakei per 1.1.2009 dem Euro beigetreten ist und damit eine Fragmentierung anhand der Grenzen des Währungsraums teilweise aufgehoben worden ist, so ist nicht davon auszugehen, dass dies auch im Fall der in Ungarn und Tschechien befindlichen Teilregionen von Centrepe in absehbarer Zukunft passieren wird. Ebenso sind unterschiedliche Wirtschaftssektoren – die geographisch in den einzelnen Teilregionen sehr ungleich verteilt sind – von der Krise unterschiedlich betroffen. Besonders drastisch zeigt sich dies etwa am Automobilsektor, der sehr stark in und um Bratislava konzentriert ist. Zweitens wird vor dem Hintergrund der aktuellen Krise besonders deutlich, dass „regionale Wettbewerbsfähigkeit“ im Sinne einer Exportorientierung als Leitstrategie für Regionen nur allenfalls bedingt geeignet ist, wirtschaftliche Entwicklung und soziale (und räumliche) Kohäsion voranzutreiben. Die nationale wie die europäische aber auch die internationale Ebene geraten damit wieder besonders ins Blickfeld. Es zeigt sich, dass Dynamiken in Wachstumsprozessen bzw. deren Einbruch wesentlich auf diesen Ebenen zu verorten sind. Je exportabhängiger Regionen sind, umso anfälliger sind sie für globale wirtschaftliche Abschwünge. Während in Zeiten boomender Konjunktur exportorientierte Strategien durchaus erfolversprechend sind, stellt sich im Zuge eines Rückgang des Wachstums die Frage, inwieweit durch starke Binnenorientierung in der Region Nachfrageausfälle wett gemacht werden können.

Vor dem Hintergrund dieser aktuellen Entwicklungen zeigt sich auch, wo Stärken und Schwächen regionaler Governance-Prozesse liegen können. Die Verantwortung für (regionales) wirtschaftliches Wachstum, sowie für eine entsprechende Verteilung wirtschaftlicher Güter, kann damit nicht allein bei den Unternehmen gesucht werden. Vielmehr spielen Steuerungsstrukturen – die allerdings nur zum Teil regional verortet sind – eine wesentliche Rolle. Im Folgenden wird daher kurz umrissen, wie die Governance-Prozesse im konkreten Fall der Centrepe-Region zu bewerten sind.

## **2 THEORETISCHE UND METHODISCHE HERANGEHENSWEISE**

Generell entwickelte sich die Forschung zum Thema Governance – auch zum regionalen Kontext – in den letzten Jahren sehr dynamisch. Dennoch bleibt in der Regel eine wichtige Stelle ausgeblendet, nämlich der Zusammenhang zwischen (regional-)wirtschaftlichen Entwicklungen, d.h. den Akkumulationsmodellen und den damit verbundenen Regulierungen und Steuerungsprozessen, wie sie sich in Governance-Strukturen abzeichnen. Um die Forschungsfrage, welche Governance-Strukturen für die wirtschaftliche Entwicklung in der Centrepe Region förderlich sind und wie diese durchgesetzt werden, zu bearbeiten, war daher im Rahmen des gegenständlichen angewandten Forschungsprojektes nicht nur eine empirische Untersuchung, sondern eine Innovation bisher vorliegender theoretischer Zugänge nötig.

Konkret wurde eine Verknüpfung der theoretischen Zugänge zu Governance [2] mit einem regulativ-theoretischen Zugang [3] vorgenommen. Bei letzterem handelt es sich um eine auf einer institutionalistischen Sichtweise basierende Wirtschaftstheorie. Damit kann auch der Inhalt von (regionalen) Governance-Prozessen gefasst werden. Der Begriff des Akkumulationsregimes umfasst in der Regulationstheorie die ökonomische Strukturen, d.h. die Art und Weise der Interaktion ökonomischer Subsektoren. Die Gesamtheit der institutionellen Unterfütterung eines Akkumulationsregimes, die als Ensemble unterschiedlicher struktureller bzw. institutioneller Formen gesehen wird, wird als Regulationsweise bezeichnet. Die Verknüpfung mit dem Governance-Ansatz kann dahingehend hergestellt

werden, dass die Rolle von AkteurInnen und Steuerungsmechanismen als „Handlungsseite“ von strukturellen Formen, die die Regulationsweise ausmachen, begriffen wird. Damit gelingt es über Bob Jessop [4] hinausgehend, konzeptionell den Inhalt und die Form von Governance-Prozessen zu verbinden. Bezogen auf die Frage von grenzüberschreitenden Regionen stellt sich darüber hinaus nicht nur die Frage nach der Territorialität von institutionellen Formen und verbundenen Governance-Prozessen, sondern nach der räumlichen Dimension von Akkumulationsmustern. Die Forschungsfrage wurde basierend auf dem Critical Realism [5] als wissenschaftstheoretische Grundlage bearbeitet. Entsprechend wurde eine Forschungsmethode angewendet, die es erlaubt im Rahmen eines realistischen Zugangs theoriegeleitet empirische Untersuchungen sowohl in qualitativer wie quantitativer Dimension zu verknüpfen [6].

### 3 ERGEBNISSE

Wie oben bereits hingewiesen, sind die unterschiedlichen Teilräume der Centrope-Region eher mit den nationalen Ökonomien denn untereinander verflochten. Es ist daher davon auszugehen, dass Akkumulationsmuster wesentlich in diese nationalen Zusammenhänge und nur zum Teil primär innerhalb der Centrope-Region eingebettet sind. Die ökonomischen Verflechtungen innerhalb der Centrope-Region sind jedoch hier bezogen auf die Frage, wie Governance-Strukturen auf sie wirken, von besonderem Interesse.

Es zeigt sich für die Centrope Region, dass sich in Korrespondenz mit veränderten Akkumulationsstrategien – nämlich einer stärkeren Integration des ökonomischen Raumes innerhalb von Centrope – erste Anzeichen sich verändernder Governance-Prozesse abzeichnen. Dazu zählt, dass im Kontext des Centrope-Projektes im engeren Sinne bereits einige konkrete Maßnahmen unternommen worden sind, Strukturen aufzubauen, die die gemeinsame bzw. koordinierte Bearbeitung von Problemen ermöglichen. Ein Beispiel dafür ist die Kooperation im Bereich des Ausbaus der regionalen Infrastruktur. Damit kann die Interaktion zwischen den Teilregionen gestärkt werden, wovon prinzipiell alle Teilregionen profitieren. Darüber hinaus sind erste Erfolge in der regionalen Identitätsbildung erkennbar. So wurden etwa im Rahmen von Unternehmensbefragungen durch die Fachhochschule des bfi Wien und der WU Wien ein relativ hoher Bekanntheitsgrad des Projekts bzw. der Region festgestellt [7]. Dies ist längerfristig eine wichtige Grundlage für weiter gehende Kooperationen.

Die ökonomisch-strukturelle Basis der Centrope Region ist sehr heterogen. Das betrifft z.B. das ökonomische Gewicht aufgrund der unterschiedlichen EinwohnerInnenzahlen sowie erheblichen Differenzen im BIP pro Kopf in einzelnen Teilregionen [8]. Gleichzeitig stellt Arbeitslosigkeit in allen Teilregionen ein relevantes Problem dar. Damit sind wesentliche Ungleichgewichte und Interessensgegensätze zwischen einzelnen Teilregionen verbunden. Das kommt insbesondere darin zum Ausdruck, dass es in allen Teilregionen Bestrebungen gibt, Investitionen aus dem Rest der Welt für die jeweilige Teilregion anzuziehen. Dies manifestiert sich in der Governance-Struktur. Die einzelnen Teilregionen haben z.B. ihre eigenen Betriebsansiedlungsgesellschaften, die untereinander im Wettbewerb stehen. Darüber hinaus gibt es innerhalb der Region Centrope im Bereich der wirtschaftlichen Verflechtungsmuster erhebliche Asymmetrien. Diese werden sowohl im Bereich der Handelsbeziehungen und der Arbeitskräftemobilität [9], insbesondere aber im Bereich der Investitionsbeziehungen, wo den erheblichen Investitionen aus den österreichischen Teilregionen kaum gegengerichtete Flüsse gegenüberstehen, deutlich [10]. Dadurch zementieren sich jedoch langfristige Asymmetrien innerhalb der Region. Um dem entgegen wirken zu können, wären entsprechende Governance-Strukturen, die einen „Lastenausgleich“ zwischen einzelnen Teilregionen und Gruppen von StakeholderInnen bearbeiten könnten, nötig. Damit könnten für die Gesamtregion aus Sicht dieser Gruppen noch erfolgreichere regionale Entwicklungswege beschritten werden. Bislang bleiben jedoch Governance-Strukturen, die sich auf einzelne strukturelle Formen beziehen, stark in den traditionellen unterschiedlichen Teilregionen terri-

torial verhaftet bzw. in nationale Regime eingebunden [11, 12]. Dies betrifft etwa die Strukturen zur Wirtschaftsförderung im engeren Sinn als Teil des Konkurrenzverhältnisses, schließt jedoch auch die Regulation weiterer struktureller Formen, wie etwa das Lohnverhältnis oder das Naturverhältnis, ein.

Ebenso sind die ökonomischen Interessenslagen auch innerhalb der jeweiligen Teilregionen nicht als homogen zu erachten. Aus Gender-Perspektive zeigt sich etwa, dass Männer wie Frauen von verschiedenen Strategien unterschiedlich profitieren. Eine starke technologische Ausrichtung in der regionalen Wirtschaftsförderung kommt tendenziell Männern zugute [13]. Auch sind die Interessen der ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen nicht immer Deckungsgleich. Eine Bewertung der Governance-Prozesse in der Centroe-Region muss daher aufgrund der damit verbundenen unterschiedlichen und widersprüchlichen Interessen, je nach Perspektive, unterschiedlich ausfallen. Die Vornahme einer differenzierten Bewertung der einzelnen Aspekte würde jedoch den knappen Rahmen des Textes sprengen. Generell kann jedoch gesagt werden, dass unterschiedliche regionalökonomische Entwicklungsstrategien unterschieden werden können [14]. Während neo-liberale Strategien bzw. „schwache Wettbewerbsstrategien primär an der Senkung der Lohnkosten und der Unternehmenssteuern orientiert sind und aus Perspektive der ArbeitnehmerInnen als StakeholderInnengruppe daher weniger vorteilhaft erscheinen, sind sozial-liberale oder alternative Entwicklungsstrategien aus dieser Perspektive attraktiver. Auch stellt sich die Frage, inwieweit neo-liberale Strategien der regionalen Entwicklung (längerfristig) überhaupt erfolgversprechend sind. Angesichts der weltweiten Billiglohnkonkurrenz zeigt sich, dass dies sogar in den Teilregionen von Centroe in Tschechien, der Slowakei und Ungarn, deren Nominallohnniveau im Schnitt bei etwa 20-30% des österreichischen Wertes liegt, eine problematische Strategie ist. Eine Analyse der Elektro- und Elektronikindustrie [15] zeigt, dass integrativere Strategien, die auf höhere Löhne und einer entsprechenden institutionellen Einbettung (vom Ausbildungssystem, der Verzahnung mit der Wissenschaft bis zur Infrastruktur und den Arbeitsbeziehungen) der Industrien abzielen, sehr erfolgreiche Wettbewerbsstrategien darstellen. Bislang gibt es jedoch keine systematischen Versuche, diese in den österreichischen Teilregionen verankerten sozial-liberalen Formen von Governance-Strukturen auf die gesamte Centroe Region auszudehnen. Vielmehr steht auf Centroe-Ebene von österreichischer Seite zum Teil der Versuch im Vordergrund, die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Teilregionen durch die Einbindung nicht-österreichischer Teilregionen und die dort niedrigen Lohnkosten zu erhöhen. Damit wird auf die Unterschiede zwischen den Regionen gebaut. Dies kann als neo-liberale regionale Entwicklungsstrategie begriffen werden. Die Basis für deren längerfristigen Erfolg wird jedoch, falls es zu einer Angleichung des Lohnniveaus innerhalb von Centroe kommt, was ja vielfach als Ziel regionaler Entwicklung betrachtet wird, systematisch erodieren. In längerfristiger Perspektive stellt sich daher die Herausforderung, für die gesamte Region nachhaltigere Strategien umzusetzen. Dies bedarf jedoch – will man auf regionaler Ebene Ansetzen – des Aufbaus einer entsprechenden Governance-Struktur. Bezogen auf unterschiedliche Gruppen von StakeholderInnen kann festgehalten werden, dass eine alternative Strategie, im Unterschied zu einer sozial-liberalen Entwicklungsstrategie, stärker die Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen ermöglicht. Dies auch deshalb, weil bei alternativen Ansätzen nicht nur diejenigen Maßnahmen zur langfristigen Produktivitätssteigerung umgesetzt werden, die auch kurzfristig nicht im Gegensatz zu Unernehmensinteressen stehen, sondern weil damit auch Interessen jenseits von Wettbewerbs- und Wachstumsorientierung systematisch Berücksichtigung finden können. In alternativer Perspektive wird damit auch die Frage des konkreten Inhalts von Akkumulationsstrategien thematisiert und systematisch bearbeitet. Vor dem Hintergrund der aktuellen Krise werden die Vorteile einer Entwicklungsstrategie sichtbar, die nicht auf (kurzfristige) fiktive Akkumulation, z.B. im Finanz- oder im Immobiliensektor, baut (siehe [16], [17]). Die bisherigen Governance-Strukturen in der Centroe-Region sind jedoch (noch) nicht darauf ausgelegt, grenzüberschreitend entsprechende Akzente setzen zu können. Darüber hinaus impliziert eine alternative Perspektive auf regionale Entwicklung auch, dass die regionale Ökonomie in einer breiteren Perspektive betrachtet wird. Jenseits formalisierter Marktzusammenhänge soll

daher auch eine systematische Bearbeitung der Interdependenzen mit der Reproduktionssphäre, des nicht-gewinnorientierten Sektors sowie des öffentlichen Sektors ermöglicht werden [18]. Auch dafür sind die Governance-Strukturen in der Centrope Region noch unzureichend ausgebildet.

Es ist damit festzuhalten, dass fragmentierte und asymmetrische Governance-Strukturen entsprechende Kooperationen erschweren. Damit geht am Standort Centrope zum Teil auch eine einseitige Konzentration auf Wettbewerbsfähigkeit im Sinne von neo-liberalen oder sozial-liberalen Strategien, die sich konkret jeweils unterschiedlich ausdrückt, einher. Diese berücksichtigt einzelne Kooperationsmöglichkeiten sowie Interessen unterschiedlicher Gruppen von StakeholderInnen nur unzureichend. Wichtiges Potenzial für eine sozial und räumlich integrative Entwicklung in der Centrope Region bleibt damit ungenutzt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise, die sich in einem abrupten Nachfrageeinbruch ausdrückt, scheinen wirtschaftspolitische Strategien der regionalen Nachfragesteuerung und der politics of scale [19] – wie sie in alternativen regionalökonomischen Strategien angelegt sind – angebracht. Für eine entsprechend koordinierte grenzüberschreitende Vorgangsweise fehlen in der Centrope-Region jedoch bislang ausreichende Governance-Strukturen. Einzelne Gruppen von StakeholderInnen müssten daher darauf drängen, diese auszubauen.

#### **4 SCHLUSSFOLGERUNGEN**

Dieses innovative Forschungsprojekt und die daraus resultierenden Ergebnisse zeigen, dass einzelne Unternehmen oder Branchen für angewandte Forschungsergebnisse nicht immer die einzigen Ansprechpartner sein können. Vielmehr wird deutlich, dass ein komplexes Netzwerk von Unternehmen, staatlichen und nicht staatlichen Einrichtungen und unterschiedlichen AkteurInnen und die damit verbundenen Institutionen und Steuerungsmechanismen für wirtschaftliche Entwicklung in einzelnen Regionen bzw. Standorten zentral sind.

Als Ergebnis der Arbeit können Empfehlungen für wichtige Gruppen von AkteurInnen abgeleitet werden. Diese laufen auf eine verstärkte systematische Einbindung unterschiedlicher Gruppen von StakeholderInnen im Rahmen gestärkter regionaler Governance-Strukturen hinaus. Damit können ausgeprägter kooperationsorientierte – und für Unternehmen und andere Interessensgruppen nachhaltigere – Prozesse generiert und Entwicklungschancen der Region verbessert werden.

Als zentrale Schlussfolgerung kann festgehalten werden, dass es sich beim Aufbau der Centrope-Region – und der damit verbundenen Notwendigkeit einer zumindest partiellen Verschränkung der Governance-Strukturen – um ein sehr ambitioniertes Projekt handelt. Insbesondere deshalb, weil die Region nicht nur nationale Grenzen überschreitet, sondern weil die Region auch von außergewöhnlich stark ausgeprägten Unterschieden und asymmetrischen Beziehungen geprägt ist. Auch wenn der für die Centrope Region gewählte Slogan „we grow together – together we grow“, das Einende über das Trennende stellt und dies für gemeinsame regionale Identitätsbildung wichtig ist, so greift diese harmonistische Sicht – wie sie sich auch in den bislang etablierten Governance-Strukturen abbildet – doch zu kurz. Wie diese kurze Analyse versucht hat zu zeigen, ist es aus integrativer regionalökonomischer Perspektive unerlässlich, Widersprüche und Asymmetrien aktiv anzusprechen. Dies kann jedoch systematisch nur durch eine entsprechende Etablierung von Governance-Strukturen erfolgen. Damit kann es gelingen, wichtige Gruppen von StakeholderInnen in das Projekt zu integrieren, was eine wesentliche Voraussetzung für im Sinne dieser unterschiedlichen Gruppen erfolgreiche Regionalentwicklung bildet. Angewandte Forschung kann einen Beitrag leisten, diese strukturellen Zusammenhänge und Defizite aufzuzeigen und zu kommunizieren. Das vorliegende Projekt versucht dazu einen Beitrag zu leisten.

## 5 DANKSAGUNG

Dieser Text entstand im Rahmen eines von der MA 27 der Stadt Wien im Rahmen der Fachhochschulförderung mitfinanzierten Forschungsprojektes zum Standort Centrope.

## REFERENZEN

- [1] Palme, G., Feldkircher, M. (2006): Economic Challenges in the CENTROPE Region. In: OeNB (ed.): New Regional Economics in Central European Economies: The Future of Centrope. Proceedings of OeNB Workshops No.9. Wien: OeNB, 88-100.
- [2] Jäger, J., Köhler, B. (2007): Regionale Governance und Wettbewerbsfähigkeit: Transdisziplinäre Perspektiven. In: *Wirtschaft und Management* (7): 7-23.
- [3] Aglietta, M. (2000): *A Theory of Capitalist Regulation. The US-Experience*. London: Verso.
- [4] Jessop, B. (2003): *The Governance of Complexity and the Complexity of Governance: Preliminary Remarks on some Problems and Limits of Economic Guidance*. Department of Sociology, Lancaster University. <http://www.comp.lancs.ac.uk/sociology/papers/Jessop-Governance-of-Complexity.pdf>
- [5] Archer, M., Bhaskar, R., Collier, A., Lawson, T., Norrie, A. (ed. 1998): *Critical Realism. Essential Readings*. London. Routledge.
- [6] Sayer, A. (2000): *Method in Social Science. A Realist Approach*. London: Routledge.
- [7] Buchinger, B., Jäger, J., Köhler, B. (2008): Regionale Governance in der Centrope Region. Zwischen Wettbewerbsorientierung und Allgemeinwohl. In: *Wirtschaft und Management* (9): 9-28.
- [8] WIFO/WIIW (2007): *Centrope Business and Labour Report 2007*. Wien.. [http://www.centrope.info/static/files/baerdtneu/CENTROPE\\_Business\\_and\\_Labour\\_Report\\_2007\\_\(Englisch\).pdf](http://www.centrope.info/static/files/baerdtneu/CENTROPE_Business_and_Labour_Report_2007_(Englisch).pdf)
- [9] Breinbauer, A. (2008): MigrantInnen und PenlderInnen aus Centrope-Ländern – Humanpotenzial für Wiener Unternehmen. In: *Wirtschaft und Management* (9): 49-76.
- [10] OeNB (2007): *Österreichische Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Österreich. Stand per Ende 2005. Sonderheft Statistiken*. Wien. [http://www.oenb.at/de/img/direktinvestitionen\\_2005\\_tcm14-67841.pdf](http://www.oenb.at/de/img/direktinvestitionen_2005_tcm14-67841.pdf)
- [11] Coimbra de Souza, D., Novy, A. (2007): New Regions and New Modes of Regional Governance in Central Europe and in Brazil. In: *Journal für Entwicklungspolitik* 23(1), 51-74
- [12] Buchinger, B., Jäger, J., Köhler, B. (2008): Regionale Governance in der Centrope Region. Zwischen Wettbewerbsorientierung und Allgemeinwohl. In: *Wirtschaft und Management* (9): 9-28.
- [13] Aufhauser, E., Herzog, S., Hinterleitner V., Oedl-Wieser, T., Resinger, E. (2003): *Grundlagen für eine „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“*, Endbericht, Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Abteilung IV/4, Wien.
- [14] Eisenschitz, A., Gough, J. (1993): *The Politics of Local Economic Policy. The Problems and Possibilities of Local Initiative*. London: MacMillan.
- [15] Mück-Puelacher, K. (2008): Erfolgsfaktoren der industriellen Produktion am Standort Österreich am Beispiel der österreichischen Elektro- und Elektronikindustrie. In: *Wirtschaft und Management* (9): 103-116.
- [16] Jäger, J. (2003): Urban Land Rent Theory. A Regulationist Perspective. In: *International Journal of Urban and Regional Research* 27 (2): 233-249.
- [17] Jäger, J., Köhler, B. (2007): Regionale Governance und Wettbewerbsfähigkeit: Transdisziplinäre Perspektiven. In: *Wirtschaft und Management* (7): 7-23.
- [18] Gubitzler, L. (2006) *Wirtschaft ist mehr! Sektorenmodell der Gesamtwirtschaft als Grundlage für Gendgerechtigkeit*. *Widerspruch* 50, 17-29.
- [19] Gough, J. (2004): Changing scale as chaning class relations: variety and contradiction in the politics of scale. In: *Political Geography* (23): 185-211.